

Heidelberg Materials AG  
Abt. GLC  
Berliner Straße 6  
69120 Heidelberg  
E-Mail: antrag-hv@heidelbergmaterials.com

Köln, 30.04.2025

**Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und  
Aktionäre  
zur Hauptversammlung der Heidelberg Materials AG am 15. Mai 2025**

**Gegenantrag zu TOP 2: Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns  
für das Geschäftsjahr 2024**

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns abzulehnen. Anstatt einer Dividende von 3,30 € pro Aktie sollen jeweils nur 2,70 € ausgezahlt werden. Die restlichen 0,60 € pro Aktie, insgesamt 107.058.456 €, sollen einem Entschädigungsfonds zugeführt werden, der speziell Gemeinschaften unterstützen soll, die durch die Geschäftsaktivitäten von Heidelberg Materials beeinträchtigt wurden.

**Begründung:**

Die Profite des Unternehmens beruhen auf einer Wertschöpfungskette, die Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung lokaler Gemeinschaften in Kauf nimmt – insbesondere im Globalen Süden. Angesichts dieser Realität ist es unververtretbar, die Dividende erneut zu erhöhen. Ein symbolischer Schritt zur Wiedergutmachung wäre es, betroffene Gemeinschaften finanziell zu unterstützen.

**Gegenantrag zu TOP 3: Entlastung des Vorstands**

Der Dachverband beantragt, dem Vorstand die Entlastung zu verweigern.

**Begründung:**

**Unzureichende Klimastrategie und Emissionsverantwortung**

Heidelberg Materials zählt zu den größten CO<sub>2</sub>-Verursachern weltweit. Berechnungen zeigen: Die verursachten Schäden durch Emissionen zwischen 1991 und 2020 liegen im

dreistelligen Milliardenbereich. Anstatt echte Reduktionen voranzutreiben, setzt das Unternehmen weiterhin auf Portlandzement und den hochriskanten Weg der CO<sub>2</sub>-Abscheidung (CCUS). Emissionsarme Alternativen wie alkali-aktivierter Zement oder Biozement werden kaum gefördert, während der Konzern laut mehreren Studien die öffentliche Unterstützung solcher Technologien aktiv behindert.

### **Verweigerte Dialogbereitschaft**

Trotz öffentlicher Ankündigung verweigerte der Vorstand ein Gespräch mit dem Bündnis „End Cement“. Ein konkreter Terminvorschlag wurde bis heute nicht gemacht. Damit ignoriert das Unternehmen zivilgesellschaftliche Kritik.

### **Politische Einflussnahme in den USA**

Heidelberg Materials unterstützt in den USA massiv die Republikanische Partei – trotz deren demokratiefeindlicher Tendenzen. Laut Tagesspiegel flossen im Wahlzyklus 2023–2024 rund 92 % der Parteispenden über PACs an die Republikaner – mehr als bei jedem anderen deutschen Unternehmen. In Anbetracht der politischen Ausrichtung der Partei, die den US-Präsidenten Donald Trump und seinen autoritären Kurs ermöglicht hat, ist dies nicht hinnehmbar.

### **Völkerrechtswidrige Geschäftstätigkeit im Westjordanland und in der Westsahara**

Im besetzten Westjordanland betreibt die Tochterfirma Hanson Israel einen Steinbruch auf Land, das Palästinenser:innen durch israelische Konfiszierung entzogen wurde. Statt einen seit Jahren angekündigten Verkauf umzusetzen, beantragte das Unternehmen sogar eine Erweiterung des Abbaugebiets. Auch in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara ist Heidelberg Materials durch Ciments du Maroc tätig – trotz klarer Urteile des EuGH, die solche Aktivitäten als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Saharais bewerten.

### **Menschenrechtsverletzungen in Togo und Indonesien**

In Togo unterstützt Heidelberg Materials eine autoritäre Regierung und profitiert von systematischer Unterdrückung und Umwelterstörung. Auch in Indonesien vernachlässigt der Vorstand erhebliche Umwelt- und Menschenrechtsrisiken im Zusammenhang mit dem Projekt in Kendeng (Region Pati). Als Reaktion auf den Protest lokaler Gemeinschaften gegen die Umweltgenehmigung für PT Indocement – ein Tochterunternehmen von Heidelberg Materials – ordnete der damalige indonesische Präsident Joko Widodo 2017 eine Strategische Umweltprüfung (KLHS) an. Diese umfassende Studie kam zu dem Schluss, dass der vorgesehene Standort in Pati besonders anfällig für Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben und Wasserknappheit ist. Die KLHS empfiehlt ausdrücklich, dort auf weitere Abbauprojekte zu verzichten. Heidelberg Materials ignoriert jedoch weiterhin diese Ergebnisse und plant stattdessen den Abbau auf 2.025 Hektar ehemaligem Schutzgebiet sowie weiteren 800 Hektar Agrarfläche. Darüber hinaus erwirkt die Tochtergesellschaft ihre

Genehmigungen offenbar mithilfe manipulierter Umweltverträglichkeitsanalysen, während fundierte lokale Studien unbeachtet bleiben. Das Projekt bedroht massiv das empfindliche Karstökosystem und die Existenz der indigenen Gemeinschaft „Sedulur Sikep“, deren Lebensgrundlage kleinbäuerliche Landwirtschaft ist. Trotz alledem lässt der Vorstand die Fortsetzung des Projekts zu und bemüht sich derzeit um eine Genehmigung für die Explorationsphase – ein klarer Verstoß gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten.

Die von Watch Indonesia! initiierte Petition „Stoppt die Zerstörung des Kendeng-Gebirges in Indonesien!“, die sich an den Vorstand und Aufsichtsrat von Heidelberg Materials richtet, wurde bisher von mehr als 85.000 Menschen unterschrieben (<https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-zerstörung-des-kendeng-gebirges-in-indonesien>).

### **Mangelnde externe Kontrolle**

Heidelberg Materials behauptet, internationale Menschenrechtsstandards zu achten. Dennoch häufen sich Berichte über Verstöße entlang der Lieferkette. Ein wirksames Monitoring existiert offenbar nicht. Wir fordern daher die jährliche Überprüfung durch eine unabhängige Instanz, um Transparenz über menschenrechtliche Risiken zu schaffen.